

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 4. Sitzung

Dienstag, 25. August 2026, 19:30 Uhr
Aula Gymnasium Interlaken

Vorsitz Schenk Daniel, SVP
Stimmen- Foiera Franziska, GLP
zählende Züllig Lara May, SP/Grüne/JLB

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
SP/Grüne/ JLB	Thali Irene, Simmler Florian, Aulbach Adrian, Scheidegger Patrick, Hänggi Sandra, Michel Ramona, Weinekötter Emily, Leuenberger Lara	Liechti Anja
SVP	von Allmen Marcel, Wanner Stefan, Roth Andreas, Dummermuth Urs, Baumann Mathias, Bozic Marko	
FDP	Hong Cham Gil, Feller Corinne, Rüegger Roger, Danieli Toni, Müller Patrick, Sahli Marc-A.	
GLP	Nyffeler Manuela, Zürcher Ueli	
EVP	Balmer Marlis, Bieri Lukas, Zingg-Giacometti Flurina	
EDU	Reichen Josia	
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA		Beqiri Yll
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Ritschard Andreas, Amacher Sabrina, Günter Nathalie, Häsler Erich, Uberti Zina	Fuchs Nils
Protokoll	Iseli Barbara	

Traktanden:

18. Protokoll
19. Ersatzwahl in die Kommission für Kultur und Freizeit
20. Fuss- und Veloverkehrsrichtplan, Beschluss
21. Sanierungskonzept Liegenschaften Gemeinde Interlaken, Verpflichtungskredit
22. Postulat Romang Biodiversität, Abschreibung
23. Motion Rüegger, Bevölkerungs- und Unternehmensumfrage zum Tourismus in Interlaken, Begründung
24. Orientierung / Verschiedenes

Ratspräsident Daniel Schenk begrüsst die neuen Ratsmitglied Lara Leuenberger, die Lea Feuz ersetzt, und Marc-A. Sahli, der Emel Marjanovic ersetzt.

18 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Das Protokoll der 3. Sitzung vom 30. Juni 2026 wird stillschweigend genehmigt.

19 K4.A Organe, Behörden, Gremien (Kunst- und Kultur, Freizeitgestaltung)**Ersatzwahl in die Kommission für Kultur und Freizeit**

Manuela Nyffeler schlägt im Namen der GLP Flurina Zingg-Giacometti als Nachfolgerin von Sandra Burgermeister in der Kommission für Kultur und Freizeit vor. Flurina Zingg ist für die EVP im GGR und in der gemeinsamen Fraktion EVP/GLP.

Irene Thali schlägt im Namen der SP/Grüne/Junges Linkes Bündnis GGR-Mitglied Ramona Michel als Nachfolgerin von Lea Feuz in der Kommission für Kultur und Freizeit vor.

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Beschluss:

Als Mitglieder der Kommission für Kultur und Freizeit werden für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2028 gewählt:

- auf Antrag der GLP Flurina Zingg
- auf Antrag der SP/Grüne/JLB Ramona Michel

(einstimmig)

20 B1.4.2 Baureglement, Zonenplan**Fuss- und Veloverkehrsrichtplan, Beschluss**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderätin Sabrina Amacher erläutert, ein Fuss- und Veloverkehrsrichtplan sei ein gesetzlich vorgegebener Bestandteil der Ortsplanungsrevision. Der Fuss- und Veloverkehrsrichtplan sei ein behördenverbindliches Koordinationsinstrument für die Ortsplanungsrevision und schaffe die Grundlage für die zukünftige Entwicklung des Wegnetzes von Interlaken. Der Verkehrsrichtplan aus dem Jahre 1999 sei zu wenig spezifisch und detailliert für den Langsamverkehr. Die Ortsplanungsrevision könne ohne genehmigten Fuss- und Veloverkehrsrichtplan nicht abgeschlossen werden.

Für den Richtplan wurde das bestehende Netz erfasst und Schwachstellen wie fehlende Verbindungen oder Unfallschwerpunkte wurden ermittelt sowie wichtige Zielorte wie Schulen, Bahnhöfe, Wohngebiete oder Einkaufszentren. Es wurde definiert, welche Verbindungen man für die Zukunft stärken und entwickeln möchte und welche Netzlücken schliessen. Daraus gab es einen Massnahmenkatalog zu den einzelnen Zielen.

Welche Ziele verfolge der Richtplan? Für die Fussgänger, dass es sichere und direktere Verbindungen gebe – mit Schwerpunkt auf den Schulwegen – und weniger Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmern. Für die Velofahrer das Schliessen von Netzlücken und durchgängige Verbindungen sowie mehr Veloabstellplätze an geeigneten Orten. Für die Gemeinde gebe es Planungssicherheit, Koordination mit Verkehrs- und Raumplanungen und mit den Nachbargemeinden, da die Strassen nicht an der Gemeindegrenze aufhören.

Konkrete Massnahmen würden in der Lindenallee, wo der Kanton im Moment baue, bereits umgesetzt. Der Fussgängerstreifen sei ein Unfallschwerpunkt gewesen. In der Mitte des Fussgängerstreifens gebe es eine Verkehrsinsel, der Baum, der die Sicht verdeckte, wurde gefällt und es gebe Bumps zur Verkehrsberuhigung. Der Fussweg werde hinter die Schlossmauer verlegt und die Strasse bis an die Mauer verbreitert. Die Strasse werde dadurch breiter und es gebe neu Velostreifen.

Ein weiteres Beispiel für konkrete Massnahmen liege an der Oberen Bönigstrasse – zwar mehrheitlich auf dem Gebiet von Matten und Bönigen, aber für Interlaken wichtig für die Erschliessung der Schulstandorte Gymnasium und BZI. Hier gehe es um einen Velostreifen unter der Autobahnbrücke und eine Fussinfrastruktur, am ehesten ein durchgängiges Trottoir der Strasse entlang. Der Lead läge bei Matten.

Mit dem Richtplan erhalte Interlaken die strategische Grundlage für die koordinierte Weiterentwicklung des Fuss- und Veloverkehrs, insbesondere bei Bauprojekten, und die Verbesserung von Sicherheit und Netzqualität. Er zeige auf, mit welchen Partnern Projekte abgestimmt werden müssten, z.B. mit anderen Verkehrsträgern und Nachbargemeinden, und enthalte konkrete Massnahmen und Prioritäten. Der Richtplan entfalte seine Wirkung primär gegenüber den Behörden und diene als Grundlage für spätere Projekte und Einzelmassnahmen. Für Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer entstehe dadurch noch keine direkte Pflicht. Der GGR beschliesse mit dem Fuss- und Veloverkehrsrichtplan eine strategische und behördenverbindliche Koordinationsgrundlage, nicht bereits einzelne Bauprojekte. Für die Beantwortung von Fragen seien auch Balthasar Marx von ecoptima AG und Bauverwalter Stefan Meier anwesend, die beide die Erarbeitung des Richtplans begleitet hätten.

Eintreten wird nicht bestritten.

Patrick Scheidegger dankt im Namen der Fraktion SP/Grüne/JLB für die Erarbeitung des Fuss- und Veloverkehrsrichtplan. Entscheidend sei aber die Umsetzung. Der Richtplan wirke nur dann, wenn er umgesetzt werde. Er dankt für das Beispiel der Lindenallee und bittet, so weiterzumachen. Die Fraktion stimme zu, mit der Erwartung, dass der Richtplan umgesetzt werde.

Patrick Müller erläutert, die FDP begrüsse diesen Verkehrsrichtplan. Man dürfe jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass immer noch ein Gesamtrichtplan hängig sei. Der letzte sei wie erwähnt von 1999. Seit der Verkehrsinitiative seien sehr viele Massnahmen versprochen worden. Sie bäten darum, sich nicht auf den Lorbeeren dieses Teilrichtplans auszuruhen, sondern den gemeindeübergreifenden Gesamtrichtplan wieder an die Hand zu nehmen.

Manuela Nyffeler erklärt, auch die Fraktion EVP/GLP unterstütze den Antrag. Sie möchten noch einbringen, dass neben den Velorouten auch Parkmöglichkeiten, z.B. vor den Läden, für verschiedene Velos und Pneugrössen nötig seien.

Gemeinderätin Sabrina Amacher bestätigt, man sei sich dessen bewusst und bleibe am Thema Veloabstellplätze dran.

Andreas Roth legt dar, die Fraktion EDU/SVP sei sich bewusst, dass der Fuss- und Veloverkehrsrichtplan Teil der Ortsplanung sei. Er habe aber einige kritische Bemerkungen dazu. Er stellt fest, dass seit dem Austritt von Peter Michel 2024 die Fraktion nicht mehr in der nichtständigen Kommission Langsamverkehr vertreten war. Weiter sei der Richtplan sehr umfangreich. Als Velofahrer und Fussgänger bevorzuge er direkte Verbindungen. Die neue Veloverbindung Ost-West über Allmend-, Alpenstrasse, Waldeggstrasse, General-Guisan-Strasse erscheine ihm fragwürdig, ein ziemlicher Umweg. Wenn der Höhweg gesperrt sei, fahre er lieber durch die Lindenallee als durch die Alpenstrasse. Die Strassen seien gebaut, die Platzverhältnisse eng, das wisse man. Bei den konkreten baulichen Massnahmen sei ihm einerseits aufgefallen, als mögliche Massnahme, die Verbreiterung der Brücke Dotierwerk Interlaken-Unterseen, damit Velos darüber könnten, wobei der Zugang von Seite Interlaken eher schmal sei. Er sei nicht sicher, wie das gehen solle. Ein weiterer Vorschlag sei die neue Querung des Schiffskanals – zwei Türme mit Lift, eine gedeckte Brücke – das töne sehr schön, er frage sich nur, wer das zahle und wie der Zeithorizont aussehen könnte. Dann stehe in den Unterlagen, die Gemeinde koste das nichts. Er gehe davon aus, dass die Bauverwaltung massgeblich mitgearbeitet habe und hoffe, dass sie nicht gratis gearbeitet habe. Und wer sei der Kanton, der die Kosten übernehme? Das seien auch die Steuerzahler.

Er habe noch eine Frage zu den Plänen. Bei der Karte Schwachstellen sei zwischen Coop und Dropa-Apotheke ein Fahrverbot-Signal eingezeichnet. Dort gebe es kein Fahrverbot. Es sei auf jeden Fall eine Gefahrenstelle, es sei eng, die Läden stellten ihre Plakate auf, es sei ein Schulweg. Die Fortsetzung, die Unterführung unter der Lindenallee Richtung Schulhaus, sei als Veloweg gekennzeichnet. Was solle das Fahrverbotszeichen dort auf dem Plan? Weiter weist er darauf hin, dass alle Wartestellen bei den Bahnübergängen eingezeichnet seien, aber ausgerechnet beim Westbahnhof sei das Zeichen für Wartezeit nicht eingetragen. Wie sei das gemeint?

Seiner Meinung nach hätte der Richtplan kürzer formuliert werden können, angesichts dessen, dass die Strassen gebaut seien, wie sie seien. Die Fraktion empfehle Ablehnung.

Gemeinderätin Sabrina Amacher erwidert, dass die Kommission aus den Bau- und Sicherheitsabteilungen und -Kommissionen zusammengesetzt worden sei und nicht parteipolitisch. Peter Michel habe die Sicherheit vertreten und sei entsprechend durch den neuen Ressortvorsteher Nils Fuchs ersetzt worden, und sie habe den Ressortvorsteher Tiefbau Kaspar Boss ersetzt. Wobei die Arbeit der Kommission eigentlich schon fertig gewesen sei.

Balthasar Marx, ecoptima, ergänzt zu den Fragen, es sei von der Kommission als Schwachstelle erkannt worden, dass das Velofahrverbot zwischen Coop und Dropa häufig missachtet werde, was zu Sicherheitsproblemen führe. Allerdings gibt es gemäss *Andreas Roth* dort gar kein Velofahrverbot.

Balthasar Marx räumt ein, dass die Wartestelle beim Bahnübergang West tatsächlich fehle. Sinngemäss hätten es alle sein sollen. Das könne ergänzt werden, wenn es vom GGR beantragt werde, bzw. auf redaktioneller Ebene, wenn es keinen Widerstand gebe. Der Schwachstellenplan sei Teil des Pakets, aber eine Bestandsanalyse und nicht Teil der behördenverbindlichen Inhalte.

Gemeinderätin Sabrina Amacher bestätigt, wenn es redaktionell sei, könne man das noch ergänzen.

Beschluss:

Der Fuss- und Veloverkehrsrichtplan, bestehend aus Bericht zum Fuss- und Veloverkehrsrichtplan, Fuss- und Veloverkehrsrichtplan mit Massnahmenblättern sowie Kartenband zum Fuss- und Veloverkehrsrichtplan, wird beschlossen.

(22:6 Stimmen bei 1 Enthaltung)

21 L3 LIEGENSCHAFTEN DES VERWALTUNGSVERMÖGENS

Sanierungskonzept Liegenschaften Gemeinde Interlaken, Verpflichtungskredit

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderätin Nathalie Günter verweist auf die zugrunde liegende Motion von Adrian Aulbach, die einen Zustandsbericht und ein Sanierungskonzept verlange für die über 60 Gebäude und Anlagen im Gemeindebesitz. Ziel sei, die Instandhaltung und Effizienz der Liegenschaften sowie die Planbarkeit und Finanzierung sicherzustellen. Man saniere nicht mehr und nicht häufiger, sondern zum richtigen Zeitpunkt. Bisher hätten viele Sanierungen ad hoc geplant werden müssen, man habe nicht alles anschauen können, sondern das Dringende gleich machen müssen. Mit dem Sanierungskonzept, für das man 25 Liegenschaften ausgewählt habe für den Gebäudecheck, hätte man Zustandsberichte über diese Gebäude. Damit habe man eine sicherere Planung – man kenne die Teilprojekte, die Bauteile, die einzelnen Lebensdauern. Das wirke sich positiv auf die Kosten aus, auf die Werterhaltung und die Energieeffizienz. Entscheidend sei, man könne viel genauer planen. Das sei auch immer wieder vom GGR gewünscht worden, dass man in der Finanzplanung einen besseren Überblick habe und so den Investitionsplan besser bestücken könne.

Die Primarschule Ost würde als eines der ersten Gebäude an die Hand genommen. Dort brauche es eine Dachsanierung. Mit dem Gebäudecheck würde man erkennen, was eventuell sonst noch nötig sei. Die Arbeiten könnten koordiniert und gemeinsam ausgeführt werden, was sich wiederum positiv auf den Preis auswirke.

Die 14 detaillierten und 11 einfachen Gebäudechecks der Liegenschaften seien ein einmaliger Initialaufwand. Man habe die wichtigsten Liegenschaften ausgewählt, erfasse diese jetzt und kenne dann die Lebensdauer der einzelnen Teile und könne eine rollende Planung machen. Man lasse dann vielleicht in 40 Jahren schon nochmals jemanden aufs Dach um nachzuschauen, aber diese umfassenden Gebäudechecks mache man nicht nochmals.

Unter den 14 Gebäuden mit detailliertem Gebäudecheck seien die Schulgebäude, aber auch die Waldeggstrasse 81, ein sehr rudimentär eingerichtetes, nicht isoliertes Gebäude, das als Lager und Werkstatt des Polizeiinspektorats diene. Wenn man das Gebäude besser nutzen und die Mitarbeitenden mehr dort arbeiten lassen wolle, müsse man überlegen, etwas zu investieren, und deshalb würde man einen Gebäudecheck machen.

11 Gebäude erhielten einen einfachen Gebäudecheck, das sei das Grundmodul. Zum Beispiel der Werkhof, die Gemeindeverwaltung, das Restaurant Des Alpes. Die Gemeindeverwaltung wurde zwar kürzlich saniert, aber v.a. innen. Hier ginge es noch um die Bestandesaufnahme der Gebäudeteile, die noch nicht gemacht wurden, wie das Dach und die Gebäudehülle.

Bei der Zivilschutzanlage – die Frage sei im Dezember aufgetaucht – sei das Kontrollorgan das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons. Sie hätten den Lead und zahlten meist auch einen Teil von dem, was gemacht werden müsse. Es gebe regelmässig Anlagenkontrollen, die letzte im März 2026 sei positiv gewesen.

Zum operativen Vorgehen: Die Planung und Priorisierung erfolge bei der Liegenschaftsverwaltung. Wie erwähnt habe man die Sanierungsprojekte dann frühzeitig in der Finanzplanung, könne die grösseren Investitionen in den Investitionsplan aufnehmen und habe so viel mehr Transparenz.

Ein Software-Programm sei im Moment nicht vorgesehen. Für die Dateiablage arbeite man mit dem CMI-Geschäftsverwaltungssystem der Verwaltung, das Monitoring erfolge mit einer umfassenden Excel-Liste. Wenn sich dann in ein, zwei Jahren zeigen würde, dass es etwas brauche, würde allenfalls ein Programm geprüft, aber das wäre ein tiefer Betrag.

Die Arbeitsvergabe erfolge wie immer. Es gebe die einzelnen Aufträge für die Fachplaner je Modul, je nach Betrag in Kompetenz Baukommission oder Verwaltung.

Für die Gebäudechecks komme man auf 950'000 Franken. Man habe eine Reserve eingerechnet von 2% aufgrund der erwarteten Teuerung, das ergebe die beantragten 970'000. Damit liege man noch im Rahmen der ersten Grobschätzung der Bauverwaltung von 800'000 Franken +/- 20%.

Die 25 Gebäudechecks seien aufgeteilt über 5 Jahre geplant. Weil die Fachplanungen pro Jahr mehr erledigen könnten als erwartet, könne man es jetzt in 5 Jahren statt in 7 Jahren machen. Wenn der GGR zustimme, wolle man schon im letzten Quartal 2026 anfangen.

Zusammengefasst habe man einerseits viel mehr Planungssicherheit, stabilisiere auch den Finanzhaushalt, wenn man wisse, was komme, ohne böse Überraschungen. Man stärke die Werterhaltung der Gemeindeligenschaften, und man mache diesen Riesenaufwand nur einmal, danach habe man eine rolende Planung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Corinne Feller führt aus, die FDP-Fraktion habe intensiv diskutiert. Man investiere fast eine Million Franken, ohne dass damit etwas saniert sei, aber sie sähen auch den Nutzen der Standortaufnahme. Kritisiert worden sei, dass das sanierte Gemeindehaus und das Des Alpes-Areal in den Gebäudecheck aufgenommen werde, auch die kürzere Zeitdauer sei aufgefallen sowie der um 170'000 Franken höhere Betrag. Die FDP stimme dem Antrag mehrheitlich zu. Eine Frage hätten sie noch: sei es eine Gemeindeaufgabe, Wohnungen zu vermieten, oder könnte man solche Liegenschaften veräussern.

Gemeinderätin Nathalie Günter antwortet, die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen brauche man für die öffentlichen Aufgaben, Schulhäuser, die Gemeindeverwaltung oder der Werkhof. Die Liegenschaften im Finanzvermögen brauche die Gemeinde nicht zwingend. Das gehöre nicht zu den Aufgaben der Gemeinde, das seien Strategieentscheide. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) habe empfohlen, den Kredit gesamtheitlich zu beantragen, es werde dann aufgeteilt auf Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen.

Urs Dummermuth erklärt, auch die EDU/SVP habe lange diskutiert, und dankt für die geleistete Arbeit. Sie hätten im Dezember zugestimmt. Jetzt gehe es um den Verpflichtungskredit. Sie fänden den Kredit auch relativ hoch, für 24 Gebäude – was mache man mit den andern 37? Er hinterfragt die Verhältnismässigkeit der Waldeggstrasse 81. Das Gebäude sei in verhältnismässig schlechtem Zustand, wieso gebe man 26'795 Franken aus nur um festzustellen, dass es in einem schlechten Zustand sei. Man könnte einen Teil schon für die Sanierung brauchen. Statt mit so viel Geld so viel festzustellen, sollte man lieber umsetzen, dort wo es eigentlich klar sei. Weiter seien ihm die 5% Nebenkosten aufgefallen. Grundsätzlich würden sie mehrheitlich zustimmen. Wichtig sei die Verhältnismässigkeit.

Gemeinderätin Nathalie Günter verweist auf den Gebäudeversicherungswert von 100 Mio. Franken. Im Verhältnis dazu sei der vorliegende Betrag recht gut. Man habe die Liegenschaften bewusst ausgewählt und etappiert.

Adrian Aulbach begrüsst, dass das Sanierungskonzept nicht einfach als Ausgabe gesehen werde, sondern als eine Investition, um Sanierungsrückstände zu vermeiden, die auch eine Form von Schulden wären. Man müsse damit nicht mehr sanieren, sondern könne gewisse Sachen vielleicht später sanieren und länger nutzen, wenn man wisse, in welchem Zustand sie seien. Es sei auch ein Beitrag sowohl zur finanziellen wie auch zur ökologischen Nachhaltigkeit, wenn man etwas so lange nutzen könne, wie es nutzbar sei. Erfreulich sei auch, dass der Brandschutz enthalten sei; man habe Anfang Jahr gesehen, dass das ein wichtiges Thema sei, das scheinbar an vielen Orten etwas vernachlässigt wurde. Zum Thema Software weist er aus seiner beruflichen Erfahrung darauf hin, dass man nicht zwingend überall Software einsetzen müsse. Wichtig sei darauf zu achten, dass man eine gute Datenqualität habe. Man müsse sich dessen von Anfang an bewusst sein und wissen, dass man standardisieren müsse, welche Attribute in einer möglichen Software-Lösung gefragt seien und diese auch erfassen, dann brauche man noch keine Software. Er dankt für die geleistete Arbeit. Die Fraktion SP/Grüne/JLB empfehle das Geschäft zur Annahme.

Marlis Balmer dankt namens der Fraktion EVP/GLP für die Präsentation und Erklärungen. Für sie sei eine langfristige und vorausschauende Planung sehr wichtig, für ein Abwägen von Nice-to-have und konkretem Bedarf und auch mit Seitenblick auf die Steuern. In der vorliegenden Liste seien Eissportzentrum und Bödelibad nicht erwähnt. Sie wünsche auch für Beteiligungen oder finanzielle Verpflichtungen solche Pläne, um diese langfristig einzustufen. Die Fraktion empfehle das Geschäft zur Annahme.

Gemeinderätin Nathalie Günter weist darauf hin, dass es hier nur um die gemeindeeigenen Liegenschaften gehe. Beim Bödelibad und Eissportzentrum seien mehrere Gemeinden beteiligt, was die Sache erfahrungsgemäss erschwere. Sie nehme es aber auf, dass man auch dort versuche, möglichst transparent und weit vorausschauend zu planen.

Beschluss:

Für die Erarbeitung des «Sanierungskonzepts Liegenschaften Gemeinde Interlaken» wird ein Verpflichtungskredit von CHF 970'000.00 bewilligt.

(27:2 Stimmen)

22 B1.3.1 Allgemeine Akten (Natur- und Heimatschutz, Denkmalpflege)

Postulat Romang Biodiversität, Abschreibung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderätin Nathalie Günter erklärt, dass der GGR am 5. Mai 2026 die Fristverlängerung abgelehnt habe, weshalb nun der Antrag auf Abschreibung gestellt werde.

Sandra Hänggi, als erste im Rat vertretene Mitunterzeichnerin, verzichtet auf eine weitere Wortmeldung. Auch wenn sie es mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis nehme.

Beschluss:

Das Postulat Romang, Biodiversität, wird als erledigt abgeschrieben.

(20:0 Stimmen bei 9 Enthaltungen)

23 B3.01.3.1 Motionen**Motion Rüeegger, Bevölkerungs- und Unternehmensumfrage zum Tourismus in Interlaken, Begründung**

Motionär Roger Rüeegger erklärt, der Tourismus schaffe Arbeitsplätze, der Tourismus bringe Verkehrsbelastung, der Tourismus bringe Wertschöpfung, der Tourismus führe zur Diskussion über Overtourism, der Tourismus mache Interlaken international, der Tourismus erhöhe den Druck auf den Wohnraum. Diese Schlagworte hörten alle jeden Tag, an der Kasse, am Stammtisch oder im Sportverein.

Grindelwald, Lauterbrunnen, Wilderswil, Bönigen, Iseltwald, Meiringen, Hasliberg, Innertkirchen, Schatthalb und Guttannen hätten ihre Bevölkerung in den vergangenen Monaten zum Tourismus befragt oder gezielt in die Diskussion über die touristische Entwicklung einbezogen. Diese Gemeinden könnten heute über dieses Thema sprechen und dabei sagen: Wir wissen, was unsere Bevölkerung denkt.

In Interlaken könne man das nicht. Man höre Schlagworte – auf der einen Seite Wertschöpfung, auf der anderen Seite Overtourism. Aber man wisse nicht, wie die Bevölkerung die Entwicklung des Dorfes sehe und beurteile. Und man wisse genauso wenig, wie unsere Unternehmen die Chancen, Belastungen und die zukünftige Entwicklung des Tourismus einschätzten.

Genau hier setze seine Motion an. Mit einer Bevölkerungs- und Unternehmensbefragung schaffe man eine sachliche und saubere Grundlage. Man erfahre, was gut funktioniere, wo die Bevölkerung und die Wirtschaft Handlungsbedarf sehen und wie sich Interlaken touristisch weiterentwickeln solle.

Denn bei einem Thema, das die Gemeinde so stark präge wie der Tourismus, sollte man politische Entscheide nicht aufgrund von Schlagworten treffen. Man sollte wissen, was Interlaken denkt.

24 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)**Orientierungen / Verschiedenes****Beantwortung einer Anfrage**

G-Nr. Int.2026-0055

Anfrage Boss, Vorgehen bei Ereignissen wie dem 1. Januar 2026 (Gemeinderat vom 08.07.2026)

Die Anfrage von Pia Boss vom 27. Januar 2026 wird wie folgt schriftlich beantwortet:

Der Gemeinderat teilt die Betroffenheit über die Brandkatastrophe in der Silvesternacht in Crans-Montana und hat dies auch mit der Teilnahme an der Schweigeminute am nationalen Trauertag zum Ausdruck gebracht.

Am Neujahrstag wurden in Interlaken das Touch the Mountains und das Feuerwerk durchgeführt. JWE und TOI als Ausrichter des Touch the Mountains wurden von der Presse kontaktiert, ob das Feuerwerk vom 1. Januar stattfinden oder abgesagt würde. Gemeindepräsident Philippe Ritschard wurde von den Medien nie kontaktiert.

Der Gemeindepräsident wurde am späteren Nachmittag vom TOI-Direktor gefragt, wie er die Sachlage beurteile. Da er keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Brand in Crans-Montana und dem Feuerwerk in Interlaken erkennen konnte und angesichts der Tatsache, dass über 20'000, zum Teil von weit hergereiste Personen erwartungsvoll vor Ort waren, schloss er sich der Haltung der Organisatoren an, das Feuerwerk durchzuführen.

Unabhängig vom konkreten Entscheid zeigt das Ereignis, wie wichtig klare Kommunikationswege und definierte Zuständigkeiten sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Empörung weniger aufgeköcht wäre, wenn die Kommunikation an die Anwesenden vor Ort besser gewesen wäre.

Es kann die Lehre aus der Situation des 1. Januar 2026 gezogen werden, dass im Laufe der Konzertreihe durch die Organisatoren eine offizielle Ankündigung hätte erfolgen sollen, dass

1. eine Gedenkminute an die Katastrophe eingebaut würde,
2. das Feuerwerk nicht aus Missachtung des tragischen Ereignisses durchgeführt würde, sondern als ein Zeichen der Zuversicht verstanden werden sollte.

Der Kanton Bern hält in seinen Leitlinien zur Behörden- und Regierungskommunikation fest, dass gerade in Krisen- und Ereignissituationen eine rasche, koordinierte, glaubwürdige und stufengerechte Information von Bevölkerung, Medien und Beteiligten von zentraler Bedeutung ist. Zudem sollen Verantwortlichkeiten und Kommunikationsabläufe bereits im Voraus festgelegt werden. (S. «Leitlinien der Behörden- und Regierungskommunikation», abrufbar unter [Amt für Kommunikation](#), Mehr zum Thema.)

Zur Unterstützung in Krisensituationen stellt der Kanton Bern einen online Leitfaden für Ereignis- und Krisenkommunikation zur Verfügung (abrufbar unter [Ereignis- und Krisenkommunikation](#) / www.krisenkommunikation.sta.be.ch).

Der Gemeinderat hat die Erarbeitung eines Kommunikationskonzepts im Jahr 2027 vorgesehen. Die Krisen- und Ereigniskommunikation wird ein Bestandteil sein. Dabei sollen insbesondere die Zuständigkeiten, Entscheidungswege, Eskalationsstufen, Ansprechpersonen sowie die interne und externe Kommunikation bei ausserordentlichen Ereignissen festgelegt werden. Die Erkenntnisse aus den Ereignissen vom 1. Januar 2026 werden in diese Arbeiten einfließen.

Zudem soll für künftige Veranstaltungen vor Ort, wo die Gemeinde finanziell beteiligt ist, eine Weisung an die Organisatoren erarbeitet werden, wie bei ausserordentlichen Ereignissen vorzugehen ist. Wesentliche Inhalte wären der Informationsfluss, wer über welche Schritte entscheidet, Kriterien für Absagen oder Weiterführung und die Kommunikation nach aussen (wer, was, wie). Eine solche Weisung soll zusammen mit den Veranstaltern erarbeitet werden.

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Sabrina Amacher informiert, die Unterhaltsreinigung der öffentlichen WC-Anlagen werde auf Simap ausgeschrieben. Der neue Vertrag solle ab 1. April 2027 laufen. Es habe Interessenten gegeben, die zur Besichtigung gekommen seien, das sei eine Anforderung gewesen.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard informiert, in drei Jahren werde das Unspunnenfest stattfinden, ein wichtiges Ereignis mit Tradition, das die Region mitgeprägt habe. Das Schwing-, Trachten- und Alpthirtenfest werde 2029 ein Grossereignis sein auf der Höhematte. Die Vorbereitungen seien angelaufen. Man möchte zurück zu den Wurzeln, nicht immer grösser werden, aber etwas Schönes schaffen, das in Erinnerung bleibe, wo die Bevölkerung einbezogen werde und mitmachen könne. Er weist darauf hin, dass Helferinnen und Helfer gesucht werden und man auch Mitglied im Verein werden könne.

Neue parlamentarische Vorstösse

Anfrage Sahli, Verkehrsberuhigung und Sicherheit in der Alpenstrasse (Bereich Primarschule Ost) im Zuge der Sanierung der Lindenallee

Ratssekretärin Barbara Iseli verliest die von Marc-A. Sahli schriftlich eingereichte Anfrage «Betreff: Verkehrsberuhigung und Sicherheit in der Alpenstrasse (Bereich Primarschule Ost) im Zuge der Sanierung der Lindenallee»:

Die laufenden Sanierungsarbeiten an der Lindenallee führen zu spürbaren Veränderungen des örtlichen Verkehrsflusses. Besonders besorgniserregend ist die aktuelle Situation in der Alpenstrasse, insbesondere im sensiblen Bereich der Primarschule Ost und der Tagesschule. Erschwerend kommt hinzu, dass das geltende Tempolimit von 30 km/h von vielen Verkehrsteilnehmenden missachtet wird.

Täglich sind hier zahlreiche Schulkinder zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs. Die Sicherheit dieser schwächsten Verkehrsteilnehmenden muss oberste Priorität haben und darf nicht durch den zunehmenden Ausweichverkehr gefährdet werden. Die signalisierte Umleitung wird vom Such- und Schleichverkehr kaum beachtet.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich den Gemeinderat folgende Punkte zu prüfen:

- Regelmässige Tempoüberwachung (z.B. Radarkontrollen oder Display-Anzeigen)
- Zusätzliche Massnahmen zur Schulwegsicherheit (insbesondere beim Fussgängerstreifen der Primarschule Ost und der Sekundarschule)

- Eine Verkehrsanalyse sowie die Erarbeitung eines Beruhigungskonzepts, das auch die angrenzenden Wohnquartiere miteinbezieht (auch nach der Fertigstellung der Sanierung der Lindenallee)

Gemeinderätin Zina Uberti als Stellvertreterin des Ressortvorstehers Sicherheit erklärt, der Gemeinderat werde die Anfrage schriftlich beantworten.

Allgemeine Umfrage

Irene Thali hält zum 1. August fest, dass sie sehr erfreut gewesen sei über den Bericht aus dem Gemeinderat, dass der Gemeinderat die Durchführung einer Drohnenshow in die künftigen Überlegungen miteinbeziehe. Sie habe es eine sehr gelungene Sache gefunden und fände es schade, wenn die Drohnenshow ein «Once-in-a-Lifetime»-Event bleiben würde. Sie sei gespannt, wie es weitergehe, und möchte sich nochmals bei allen Beteiligten bedanken, die die Drohnenshow ermöglicht haben.

Anfrage Scheidegger, Sensibilisierung von Aare-Schwimmenden

Patrick Scheidegger spricht den tödlichen Unfall eines Schwimmers in der Aare vom Juli an und erkundigt sich beim Gemeinderat, ob etwas vorgesehen sei, ähnlich dem «Aare You Safe?»-Konzept in Bern, wo die Stadt Bern, das Sportamt und die Polizei mit Plakaten die Aare-Schwimmenden auf das richtige Verhalten hinweisen und dass es nicht so sicher sei, wie man vielleicht denke. In Interlaken habe man so etwas nicht. Sei etwas angedacht für nächstes Jahr? Auch im Hinblick darauf, dass je wärmer es sei, desto mehr gingen baden, auch Touristen.

Der Gemeinderat wird die Anfrage ebenfalls schriftlich beantworten.

Zum Schluss weist *Ratspräsident Daniel Schenk* auf nächste Sitzung am 13. Oktober 2026 hin.

Schluss der Sitzung: 20:30 Uhr

Der Präsident

Die Sekretärin

Die Stimmzählerinnen